



SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG

Ausschussdienst und
Stenografischer Dienst

Niederschrift

Europaausschuss

20. Wahlperiode – 35. Sitzung

am Mittwoch, dem 1. Oktober 2025, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzende
Volker Nielsen (CDU)
Seyran Papo (CDU)
Rasmus Vöge (CDU)
Patrick Pender (CDU), in Vertretung von Uta Wentzel
Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Birte Pauls (SPD)
Dr. Heiner Garg (FDP)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Jasper Balke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fehlende Abgeordnete

Hauke Götsch (CDU)
Marc Timmer (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht über die 34. Jahrestagung der Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) vom 24. bis 26. August 2025 in Mariehamn/Åland.....	5
Bericht der Landtagspräsidentin Kristina Herbst.....	5
2. Bericht des Bürgermeisters von Hohenlockstedt im Nachgang zum 75. Finessntag im März 2025 über die Beziehungen der Gemeinde zu Finnland.....	7
Vorschlag des Vorsitzenden in der 32. Sitzung am 5. März 2025.....	7
3. Bericht zum Sachstand des Projekts GREATER4H.....	10
Angebot der Landesregierung.....	10
4. Bericht zur 98. Europaministerkonferenz (EMK).....	12
Angebot der Landesregierung.....	12
Umdruck 20/5311.....	12
5. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR).....	14
Berichterstattung: Abgeordnete von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	14
6. Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten	15
Antrag der Fraktion der SPD.....	15
Drucksache 20/2308.....	15
Änderungsantrag der Fraktion der FDP.....	15
Drucksache 20/2364.....	15
Berufsorientierung grenzüberschreitend denken und attraktiv gestalten.....	15
Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	15
Umdruck 20/3711.....	15
Antrag der Fraktionen von SPD und SSW.....	15
Umdruck 20/4991.....	15
7. Stärkung der Rahmenbedingungen für eine resiliente Arzneimittelversorgung in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa.....	17
Antrag der Fraktion der FDP.....	17
Drucksache 20/3048.....	17
Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	17
Drucksache 20/3098.....	17

8.	Für eine Europäische Union mit Sinn und Verstand: Regelung für technische Inspektion von älteren Fahrzeugen beibehalten.....	19
	Antrag der Fraktion der FDP.....	19
	Drucksache 20/3189.....	19
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	19
	Drucksache 20/3245.....	19
9.	Sachstand Informationsreisen 2026.....	20
10.	Bericht der Landesregierung über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2025.....	22
	Bericht der Landesregierung.....	22
	Drucksache 20/3338.....	22
	– Verfahrensfragen –.....	22
11.	Fachgespräch.....	24
a)	Schleswig-Holsteins Punkte für die neue Amtszeit der EU-Institutionen 2024-2029.....	24
	Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	24
	Drucksache 20/2964.....	24
	Schleswig-Holstein in einem innovativen und solidarischen Europa.....	24
	Alternativantrag der Fraktionen von SPD und SSW.....	24
	Drucksache 20/2988.....	24
	Maßnahmenpaket zur Stärkung der Eigenständigkeit und Überlebensfähigkeit Europas in einer neuen wirtschafts- und verteidigungspolitischen Epoche...24	
	Alternativantrag der Fraktion der FDP.....	24
	Drucksache 20/2991.....	24
b)	Die Arktis als nachhaltige Friedensregion erhalten.....	24
	Antrag der Fraktion des SSW.....	24
	Drucksache 20/1169.....	24
12.	Information/Kenntnisnahme.....	35
13.	Verschiedenes.....	36

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Bericht über die 34. Jahrestagung der Baltic Sea Parliamentary Conference (BSPC) vom 24. bis 26. August 2025 in Mariehamn/Åland

Bericht der Landtagspräsidentin Kristina Herbst

Landtagspräsidentin Herbst betont die politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Dimension der Ostsee, weshalb ihre Anrainer gerade in diesen Zeiten zusammenstehen müssten. Die Bedrohungslage komme immer näher. Die BSPC nehme zum verstärkten NATO-Bündnis eine klare Position ein, die man auch nach außen sichtbar machen müsse. Dies bedeute allerdings eine deutliche Zäsur; habe man doch ursprünglich auch Russland einbinden wollen. Der Fokus liege nun aber eindeutig auf Sicherheit, Resilienz und Zusammenarbeit, um sich der russischen Aggression klar und auf beeindruckende Weise entgegenzustellen.

Sodann berichtet sie konkret über die Konferenz in Mariehamn. Zum ersten Mal seit 1998 habe Schleswig-Holstein wieder den Vorsitz der BSPC inne und stelle inzwischen endlich auch den Generalsekretär. Die BSPC erfahre in den Mitgliedstaaten einen hohen Stellenwert. Die Rede des finnischen Präsidenten bezeichnet sie als ihren klaren Höhepunkt, der von einer Zeitenwende wie 1918, 1945 und 1989 gesprochen habe. Der Überfall Russlands auf die Ukraine bedeute einen nicht rückgängig zu machenden Bruch der internationalen Ordnung. Mit dem Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO gebe es einen neuen Kern der europäischen Sicherheitspolitik und Sicherheitsarchitektur. Die Witwe von Alexei Nawalny habe von der Hoffnung auf ein demokratisches Russland gesprochen, die insbesondere die Delegierten der baltischen Staaten und Polens mit Blick auf ihre Geschichte nicht unbedingt teilten.

Auch ehemaligen Staatspräsidenten aus Lettland und Estland hätten vor dem imperialen Kurs und den Hybridenangriffen gewarnt, mit denen Russland die westlichen Gesellschaften von innen schwächen wolle. Deshalb müsse Europa militärisch, politisch und gesellschaftlich wehrhafter werden. Dabei dürfe sich Demokratie nicht naiv verhalten, sondern müsse sich verteidigen, ohne in Hysterie zu verfallen. Konkret beschlossen habe die BSPC daher die Einsetzung einer zweijährigen Arbeitsgruppe Strengthening Cyber and Information Resilience to Promote Democracy. Damit setze die BSPC das klare Signal, dass neben den Regierungen auch die

Parlamente Verantwortung übernehmen, deren Stimmen in Brüssel Gehör finden sollten. So wolle der Ostseeraum Einigkeit mit Blick auf den mehrjährigen Finanzrahmen demonstrieren.

Die Ostsee stelle heute eine Sicherheitsfront und zugleich eine Verantwortungsgemeinschaft dar. Sie habe den Wojewodschaften Westpommern, Pommern, Emsland und Masuren den Beobachterstatus zuerkannt, was die polnische Seite sehr begrüße. Einstimmig angenommen worden sei das politische Arbeitsprogramm des nächsten Jahres. Die BSPC bekenne sich unmissverständlich zur Souveränität der Ukraine, fordere mehr Kooperation von NATO und EU, den Schutz kritischer Energie- und Kommunikationsnetze sowie eine dauerhafte maritime Präsenz in der Ostsee, den Schutz des empfindlichen Ostseeökosystems, den Wiederaufbau der Fischbestände, den Aufbau grüner Schifffahrtskorridore die Beseitigung der Munitionsaltlasten sowie eine höhere Widerstandsfähigkeit gegen digitale Angriffe, Desinformation und Vertrauensverlust.

Demokratie setze die Beteiligung der Jugend voraus. Daher enthalte das Motto der schleswig-holsteinischen Präsidentschaft „Youth.Set.Sail – For a Thriving Baltic Sea Region“ unter anderem den Schwerpunkt Jugend. Seit Jahren setze sich der Schleswig-Holsteinische Landtag für die Finanzierung und Weiterentwicklung der Jugendarbeit im Ostseeraum ein und könne seine Arbeit nun enger mit anderen Akteuren verzahnen. Außerdem müsse die BSPC deutlich sichtbarer werden. Möglicherweise könne man die Jugend aus dem BSPC-Raum zu sportlichen Wettbewerben zusammenrufen. Nach 30 Jahren müsse man auch die Strukturen der BSPC modernisieren und über ein anderes rechtliches Konstrukt nachdenken, um gemeinsam eine starke, lebendige und zukunftsfähige Ostseeregion zu erreichen. Sie bietet an, dem Ausschuss regelmäßig zu berichten und für Fragen zur Verfügung zu stehen, um den engen Austausch sicherzustellen.

Abgeordneter Vöge begrüßt die im Bericht der Landtagspräsidenten genannten Punkte und lobt die stärkere Einbeziehung der Jugend, die zukünftig die Demokratie tragen werde. Dem schließen sich Abgeordnete von Kalben wie auch Abgeordnete Waldinger-Thiering an.

2. Bericht des Bürgermeisters von Hohenlockstedt im Nachgang zum 75. Finnentag im März 2025 über die Beziehungen der Gemeinde zu Finnland

Vorschlag des Vorsitzenden in der 32. Sitzung am 5. März 2025

Herr Wolfgang Wein, Bürgermeister der Gemeinde Hohenlockstedt, trägt anhand einer Präsentation vor und erklärt, der Finnentag gehe auf eine deutsch-finnische Männerfreundschaft zurück. Auf die Nachfrage der Abgeordneten von Kalben erläutert er, im Rahmen der zeitlich begrenzten Zeremonie seien zehn Kränze und etwa weitere 40 außerhalb davon abgelegt worden. Auch darüber hinaus pflege seine Gemeinde enge Beziehungen zu Finnland. Abschließend lädt er zum 111. Finnentag im kommenden Jahr ein.

Herr Achim Jabusch weist ergänzend auf das seit 2002 bestehende Ortsmuseum hin, das rege von finnischen Besuchergruppen besucht werde.

Der Vorsitzende dankt den Beteiligten für die geleistete Arbeit und die europaweit einzigartige Verbindung mit Finnland. Sodann formuliert er die Frage, warum die Gräber der finnischen Soldaten in Kellinghusen und nicht in Hohenlockstedt liegen, woraufhin Herr Jabusch erläutert, die vier Jäger seien während ihrer Ausbildungszeit im damaligen Lager verstorben. Im Lockstedter Lager seien rund 1.900 junge Finnen ausgebildet worden, von denen letztlich 800 Offiziere und 49 Generäle geworden seien. Insofern stellten sie die Basis der modernen finnischen Armee dar.

Abgeordnete Waldinger-Thiering möchte wissen, auf welcher Sprache man sich denn beim Finnentag unterhalte und ob die Gemeinde Impulse aus Finnland aufnehmen und umsetzen könne, woraufhin Herr Wein das finnische beziehungsweise skandinavische Bildungssystem sehr lobt, für das in Deutschland allerdings die Mittel fehlen dürften. Außerdem gelinge der Bürokratieabbau in Finnland sehr gut. In diesem Zusammenhang äußert er die Kritik aus Gemeindesicht, auch was vom Landtag für die Kommunen beschlossen werde, könne er teilweise nicht mehr nachvollziehen. In erster Linie kommuniziere man auf Englisch, wobei die Finnen teilweise Deutsch sprächen.

Abgeordnete von Kalben lobt die Arbeit.

Abgeordneter Nielsen greift den Hinweis der besonders langen Grenze Finnlands zu Russland und der Angst vor dortiger Aggression auf. Mit Blick auf Bedrohungen beispielsweise durch russische Drohnenüberflüge auch in Schleswig-Holstein brauche man eine enge Verbindung zu Finnland, um die Lage der Menschen dort im Blick zu behalten, aber auch, um Solidarität zu zeigen. Gerade mit Blick auf das fast ausschließlich ehrenamtliche Engagement der Gemeinde lobt er die geleistete Arbeit sehr.

Herr Bernd Edgar Jorkisch, Honorarkonsul der Republik Finnland, begrüßt das Interesse Schleswig-Holsteins am Ostseeraum als europäischer Zukunftsregion. Seine strategische Weite mache ihn allerdings auch zum Schauplatz von Großmachtrivalitäten. Als besonders bedeutsam für Finnland benennt er Sicherheit und Resilienz, das Naturprofil und Nachhaltigkeit sowie Innovation und Wirtschaft. In Finnland kenne jedes Kind Schleswig-Holstein und Hohenlockstedt aus dem Schulunterricht, denn die Wiege der finnischen Freiheit liege in Schleswig-Holstein. Schon relativ kurz nach dem Krieg hätten die Finnen den Deutschen mit einer Städtepartnerschaft zu Segeberg die Hand gereicht.

Sodann fasst er kurz die finnische Geschichte seit der Staatsgründung im Jahr 1917 zusammen, aus der heraus die Finnen zu Sicherheit, Freiheit und Bedrohung ein ganz anderes Verhältnis hätten als etwa die Deutschen. So gebe es beispielsweise für 4,8 Millionen der 5,5 Millionen Finnen Luftschutzräume. Mit Blick auf die letzten 800 Jahre hätten die Finnen ihre Verteidigungsbereitschaft gegen russische Angriffe nie aus dem Auge verloren. Nun begreife auch der Rest der Welt, dass nur der unverbrüchliche Zusammenhalt der rechtsstaatlichen Demokratien die eigene Unversehrtheit gewähre, wozu die eigene Verteidigungsfähigkeit zähle. Es gelte, internationale Verbindungen und Freundschaften gerade zu demokratischen Staaten auch in Zeiten von drohenden Wirtschaftskriegen zu pflegen und neue zu schließen.

Er hebt das Naturprofil Finlands hervor, wobei der Ostseeraum vom Klimawandel beinahe schon profitiere. Gleichwohl wolle Finnland bis 2030 CO₂-neutral werden. In vielen relevanten Bereichen nehme Finnland stets einen europäischen oder sogar internationalen Spitzenplatz ein, etwa bei der Digitalisierung, der Innovationskompetenz, der Nachhaltigkeit und der Produktion grünen Wasserstoffs, mit dem Finnland Europa in erheblichem Maße beliefern wolle, Start-ups und Innovationen. Die öffentliche Verwaltung Finlands sei vollständig digitalisiert.

Das Bruttoinlandsprodukt von 280 Milliarden Euro speise sich vor allen Dingen aus den Bereichen Elektro und Metall, Chemie sowie Holz und Papier. Deutschland stelle seit 2014 mit einem aktuellen Handelsvolumen von 23 Milliarden Euro den wichtigsten Handelspartner dar. Der größte deutsche Ostseehafen in Lübeck erweise sich als sehr relevant für finnische Exporte nach und Importe aus ganz Europa. Er lädt die Abgeordneten zum Deutsch-Finnischen Wirtschaftsforum vor dem Deutsch-Finnischen Hafentag ein. Neben ihm selbst stehe auch die Deutsch-Finnische Handelskammer jederzeit für Fragen zur Verfügung.

In vielen Bereichen habe Finnland also Vorbildcharakter, auch weil es zum achten Mal in Folge auf Platz eins des World-Happiness-Atlas stehe, weil Zufriedenheit und Glück mit Agilität, Innovation und der Bereitschaft einhergingen, Schutz zu gewähren. So zeigten sich 80 Prozent der Finninnen und Finnen bereit, ihre Freiheit nötigenfalls auch mit der Waffe zu verteidigen. 70 bis 80 Prozent von ihnen hätten sich mit Stolz zu gesellschaftlicher Resilienz schulen lassen.

Abgeordneter Vöge ermutigt Bürgermeister Wein, sich mit Hinweisen und Wünschen durchaus an den Landtag zu wenden. Die Fakten über Finnland beeindruckten ihn immer wieder, die er auch seinen Kolleginnen und Kollegen in Vorbereitung auf die Reise des Rechtsausschusses nach Finnland im kommenden Jahr anempfehle.

3. Bericht zum Sachstand des Projekts GREATER4H

Angebot der Landesregierung

Minister Schwarz räumt ein, es sei nicht gelungen, zwölf Wasserstofftankstellen von Hamburg bis Oslo zu installieren, weil sich das Geschäftsmodell für die privaten Partner zerschlagen habe. Auch der Versuch, weniger Tankstellen bei weniger Förderung mit nur einem privaten Partner zu errichten, sei misslungen, weil jener die erforderliche Bürgschaft nicht habe beibringen können und letztlich sogar Insolvenz anmelden müssen. Gewärtig kümmere sich das Land um die Abrechnung, um die nicht ausgekehrten 6,2 Millionen Euro an die EU zurückzuüberweisen.

Auf die Nachfrage der Abgeordneten Pauls versichert er, die Landesregierung habe sich bei-zeiten bemüht, andere private Partner zu finden. Zwar werde viel über Wasserstoff berichtet, der sich aber trotz öffentlicher Förderung wegen der bislang zu geringen Nachfrage noch nicht wirtschaftlich vermarkten lassen.

Abgeordnete Waldinger-Thiering zeigt sich mit Blick auf die vor wenigen Tagen verabschiedete Resolution in Stettin zuversichtlich, auch in Zukunft werde man sich mit Ammoniak und LNG als Energieträger beschäftigen, deren Verwendung sich selbstverständlich wirtschaftlich gestalten müsse. Bislang fehle es aber beispielsweise an tauglichen Fahrzeugen. Die Politik müsse daher stärker auf Forschung setzen und in Vorleistung gehen.

Minister Schwarz gibt zu bedenken, nach dem Stand der Wissenschaft erweise sich der Einsatz von Wasserstoff wenigstens für die Mobilität über lange Strecken hinweg weniger effizient als sein Einsatz für die Industrie.

Abgeordneter Vöge vertritt die Auffassung, das Projekt sei gewiss nicht an mangelndem Be-mühen gescheitert, sondern es gebe im immer noch fossilen Zeitalter noch keine marktfähigen Lösungen für Alternativen. Er versichert, der Wirtschaftsausschuss werde sich weiter mit dem Thema beschäftigen.

Abgeordnete von Kalben gibt zu bedenken, die Marktfähigkeit hänge immer auch von den Kosten der anderen Energieträger ab. Bei höheren Preisen für fossile Energieträger würden sich also alternative als wirtschaftlicher erweisen. Sie möchte wissen, ob die Zusammenarbeit mit

Schweden und Dänemark im Rahmen von STRING durch das Ende des Projekts geschwächt werde.

Abgeordnete Pauls fragt, ob sich denn die verbleibenden vier Wasserstofftankstellen in Schleswig-Holstein rechneten, woraufhin Frau Friedenberg aus dem Referat für Ostseeangelegenheiten daran erinnert, an der Wasserstofftankstelle in Neumünster sei Wasserstoff wegen der enormen Förderung zu Beginn und der vergleichsweise großen Nachfrage recht günstig angeboten und dadurch ein komplettes System aufgebaut worden, was eben nicht auf die gesamte Strecke von Hamburg bis Oslo möglich sei. Die Tragfähigkeit der zuletzt in Betrieb genommenen Wasserstofftankstelle in Kiel, die noch gefördert werde, bleibe abzuwarten.

Minister Schwarz versichert, das Scheitern des Projekts entfalte keine direkten Auswirkungen auf STRING; die Zusammenarbeit der Regionen funktioniere nach wie vor. Sodann berichtet er über das Projekt „H2ignite“, das die EU mit 1,8 Millionen Euro fördere, um Wirtschaftlichkeitsmodelle für die tatsächliche Nutzung zu entwickeln. Eine breite Gruppierung wolle darüber die Nutzung und die Anwendung von Wasserstoff verstärken und weiterentwickeln.

4. Bericht zur 98. Europaministerkonferenz (EMK)

Angebot der Landesregierung
[Umdruck 20/5311](#)

Minister Schwarz berichtet, alle Beschlüsse der Europaministerkonferenz seien einstimmig erfolgt. Zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2028 habe die EMK die zentralen Forderungen der Länder bekräftigt, dass die Programmplanung und Programmverantwortung insbesondere bei den Strukturfonds und der gemeinsamen Agrarpolitik bei den Regionen verbleibe, weil die Länder den Bedarf vor Ort am besten kennen und deshalb eigenverantwortlich entscheiden können sollten. Die EU strebe aber eine bundesweite Regelung an, weshalb die Regionen ein eingeschränktes Mitspracherecht befürchteten.

Darüber hinaus habe die EMK mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit betont und sich dafür ausgesprochen, Interreg als eigenständiges Programm in den bestehenden Ausrichtungen über eine Verordnung mit eigener Mittelausstattung fortzuführen. Die Vorteile für die Regionen ließen sich insbesondere im Ostsee- und Nordseeraum erkennen. Die Forschung stelle dabei die Grundlage für die Wettbewerbsfähigkeit dar.

Der Vorsitzende bittet um Fragen oder Wünsche an das Ministerium, das am späteren Verlauf der Sitzung nicht mehr teilnehmen werde.

Abgeordnete Waldinger-Thiering möchte wissen, ob der SSW seinen Referenten zur Veranstaltung zur Minderheitensprache ins Hanse-Office nach Brüssel am 18. November dieses Jahres schicken dürfe, weil es ihr mit Blick auf den folgenden Plenartag unmöglich sei teilzunehmen.

Der Vorsitzende äußert den Wunsch, bei zukünftigen Veranstaltungen die Plenartermine zu berücksichtigen.

Herr Rüstemeier teilt mit, ein anderer Termin sei leider nicht möglich gewesen, und sagt die Beantwortung der Frage der Abgeordneten Waldinger-Thiering im Nachgang zu.

Minister Schwarz berichtet sodann über den Auftritt Schleswig-Holsteins auf der Grünen Woche im kommenden Jahr in Berlin, für den man die in Nürnberg verwendete Ausrüstung nutze. Die erforderlichen Mittel suche sein Haus zusammen, um zu verhindern, dass Schleswig-Holstein als einziges Bundesland nicht dort vertreten sei. Dies bedeute aber keinen Vorgriff für Auftritte auf Grünen Wochen in den Folgejahren.

5. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)

Berichterstattung: Abgeordnete von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordnete von Kalben teilt mit, der Bericht zur Arzneimittelsicherheit sei im September verabschiedet worden und werde im Ausschuss der Regionen im Plenum im Dezember behandelt. Mit Blick auf die begrenzte Zeit heute verweist sie auf die Berichte von Jan Diedrichsen inklusive seinem Ausblick auf die anstehende Tagesordnung, um den Abgeordneten die Möglichkeit einzuräumen, ihr Themen mitzugeben.

Der Vorsitzende gibt zum Wunsch der Abgeordneten Waldinger-Thiering zum vorhergehenden Tagesordnungspunkt bekannt, die Staatskanzlei habe ihm soeben mitgeteilt, für die Teilnahme von Mitarbeitenden eine Lösung zu erarbeiten.

6. Grenzüberschreitende Berufsausbildung verbessern und attraktiver gestalten

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/2308](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/2364](#)

(überwiesen am 17. Juli 2024)

Berufsorientierung grenzüberschreitend denken und attraktiv gestalten

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Umdruck 20/3711](#)

Antrag der Fraktionen von SPD und SSW

[Umdruck 20/4991](#)

hierzu: [Umdrucke 20/4272](#), [20/4443](#), [20/4461](#), [20/4477](#), [20/4503](#),
[20/4525](#)

Abgeordnete Pauls verweist auf den Änderungsantrag [Umdruck 20/4991](#) und zeigt sich enttäuscht darüber, dass entgegen der Ankündigung der Koalitionsfraktionen, einen gemeinsamen Antrag auszuloten, niemand das Gespräch gesucht habe.

Abgeordnete von Kalben bedauert Reibungsverluste und versichert, die Koalition strebe nach wie vor einen gemeinsamen Antrag an. Sie schlägt vor, sich dem federführenden Bildungsausschuss anzuschließen, der dann in seiner nächsten Sitzung in diesem Sinne beschließen könnte. Alternativ möge man den Tagesordnungspunkt heute vertagen.

Der Vorsitzende äußert die nach wie vor bestehende feste Absicht seiner Fraktion für einen gemeinsamen Antrag, weshalb es ihn sehr ärgere, dass es bisher nicht gelungen sei, eine Rückmeldung zu geben, wofür er sich in aller Form entschuldigen wolle. Er spricht sich für eine Vertagung aus.

Abgeordnete Waldinger-Thiering regt an, sich am Rande des Bildungsausschusses zu besprechen.

Abgeordneter Dr. Garg bittet um Klarstellung, ob der Antrag denn nun im federführenden Bildungsausschuss oder im Europaausschuss finalisiert werde.

Abgeordnete Pauls spricht sich nach wie vor für einen gemeinsamen Antrag und dafür aus, die Beschlussfassung heute zu vertagen, damit sich die europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher verständigen könnten.

Der Vorsitzende schließt sich der Abgeordneten Pauls an, weil es gerade um europapolitische Fragen gehe.

Abgeordnete von Kalben wendet ein, der Bildungsausschuss tage wesentlich häufiger als der Europaausschuss, sodass man schneller zu einem Ergebnis käme, wenn sich der Europaausschuss dem Bildungsausschuss anschliesse.

Abgeordnete Pauls erkennt mit Blick auf die bisher verstrichene lange Zeit keine so enorme Eilbedürftigkeit, um dem Vorschlag der Abgeordneten von Kalben zu folgen.

Abgeordneter Dr. Garg spricht sich ebenfalls dafür aus, die Beratung auf die nächste Sitzung des Europaausschusses zu vertagen.

Abgeordnete von Kalben äußert ihre Zustimmung zu diesem Vorgehen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Beratungen auf die nächste Ausschusssitzung zu vertagen.

7. Stärkung der Rahmenbedingungen für eine resiliente Arzneimittelversorgung in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/3048](#)

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/3098](#)

(überwiesen am 22. Mai 2025)

hierzu: Umdrucke [20/5084](#), [20/5088](#), [20/5160](#), [20/5173](#), [20/5212](#),
[20/5217](#), [20/5218](#), [20/5224](#), [20/5225](#), [20/5246](#),
[20/5276](#), [20/5279](#), [20/5285](#), [20/5286](#)

Abgeordnete von Kalben teilt mit, wegen der kurzen Frist des Ausschusses der Regionen in den Sommerferien habe keine Anhörung der Stakeholder stattfinden können. Insofern könnte man nun abstimmen und im nächsten Jahr zu einer Veranstaltung einladen, um über dieses ihrer Ansicht nach extrem wichtige Thema und seine Auswirkungen auf Schleswig-Holstein zu sprechen. Alternativ könnte man Anfang nächsten Jahres doch eine Anhörung durchführen.

Abgeordneter Dr. Garg bezeichnet die eigenständige Arzneimittelversorgung als zentralen Baustein für die Resilienz Europas, wenn er an die Abhängigkeit von China denke. Der Antrag seiner Fraktion enthalte zwei Punkte, die er im Antrag der Koalitionsfraktionen vermisste, nämlich zunächst die Korrektur der geplanten Kostenaufteilung bei der EU-Richtlinie über die Behandlung kommunaler Abwässer, wovon produzierende pharmazeutische Unternehmen äußerst massiv betroffen würden. Auch fehle ihm die Analyse der Auswirkungen des europäischen Green Deals, den seine Fraktion nicht infrage stelle, die aber das Gold-Plating in Deutschland näher betrachten wolle. Er favorisiere ein Fachgespräch, allerdings nicht ausschließlich zur seiner Ansicht nach sehr apothekenzentrierten Sichtweise des Koalitionsantrags, der zwar Erleichterungen für die deutschen Apotheken mit sich bringe, die aber nicht nur auf die Resilienz einzahlt.

Abgeordnete von Kalben regt an, die Stellungnahme des Ausschusses der Regionen als Umdruck ins Verfahren einzuführen, wenn sie auch erst im Dezember vom Plenum beschlossen werde. Insofern möge man in der Einladung vermerken, in den Stellungnahmen auch die europäischen Gesetzgebungsprozesse zu berücksichtigen. Zu einem Fachgespräch oder einer Anhörung möge man Patientenorganisationen, Krankenhäuser, produzierende Unternehmen,

Pharmazie und Großhandel einladen, um die verschiedenen Perspektiven auf dieses sehr komplexe Thema zu erfahren.

Der Vorsitzende schlägt vor, eine Anhörung durchzuführen und die Zahl der Rückmeldungen abzuwarten, weil die Erfahrung lehre, dass es viele Absagen gebe, sodass es am Ende auch ein Fachgespräch werden könnte. Die Anzuhörenden sollten bis zum Freitag nächster Woche benannt werden. Er hält es für sinnvoll, den Beschluss des Ausschusses der Regionen nach seiner voraussichtlichen Verabschiedung im Dezember zu berücksichtigen und als Umdruck gegebenenfalls auch den Anzuhörenden zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, eine mündliche Anhörung durchzuführen.

8. Für eine Europäische Union mit Sinn und Verstand: Regelung für technische Inspektion von älteren Fahrzeugen beibehalten

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/3189](#)

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/3245](#)

(überwiesen am 22. Mai 2025 an den **Europaausschuss** und an den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdrucke [20/5092](#), [20/5094](#), [20/5138](#), [20/5199](#), [20/5280](#),
[20/5283](#)

Abgeordneter Vöge spricht sich dafür aus abzustimmen.

Abgeordnete Pauls möchte über die verschiedenen Sätze des FDP-Antrags getrennt abstimmen. Ihre Fraktion begrüße zwar den ersten Satz, nicht aber den zweiten, der mit den Worten „Die Landesregierung wird aufgefordert“ beginnt. Dem Koalitionsantrag stimme sie zu.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, über den FDP-Antrag satzweise abzustimmen.

Der Ausschuss lehnt den ersten Satz im Antrag der FDP-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und SSW ab.

Der Ausschuss lehnt den zweiten Satz im Antrag der FDP-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und SSW ab.

Damit empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag im Ergebnis, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Landtag den Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Annahme zu empfehlen.

9. Sachstand Informationsreisen 2026

Der Vorsitzende erinnert an den Beschluss des Ausschusses, vom 2. März bis zum 6. März 2026 eine Informationsreise nach Brüssel durchzuführen und bittet um Mitteilungen bis zum Freitag nächster Woche, ob bestimmte Institutionen oder Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner gewünscht würden. Seiner Ansicht nach lohne sich ein erneuter Besuch bei der NATO, weil sich seit dem letzten so viel verändert habe.

Abgeordneter Nielsen wünscht sich ein Gespräch mit Personen, die in verantwortlicher Position in Brüssel zum Vergaberecht arbeiteten, um über die seit Langem versprochenen Vereinfachungen beim Vergaberecht zu sprechen. Gerade im Bau verzeichne man durch Inflation und Materialprobleme in den letzten fünf Jahren eine Kostensteigerung von fast 100 Prozent, weshalb die Wertgrenzen entsprechend angehoben werden müssten.

Abgeordnete Waldinger-Thiering schlägt vor, sich mit den Europaparlamentariern zum Frühstück zu verabreden, woraufhin der Vorsitzende mitteilt, dies habe man bereits angefragt.

Abgeordnete von Kalben regt an, sich zur Arzneimittelsicherheit mit der zuständigen Kommission zu treffen.

Abgeordnete Pauls empfiehlt Gespräche mit der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema „Arbeit“, weil sich eine ihrer Kommissionen mit der Zukunft der Arbeit international beschäftige, sowie mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund.

Abgeordnete Waldinger-Thiering teilt mit, Polen und insbesondere die Woiwodschaft Westpommern hätten mit Stolz berichtet, was man mit europäischer Förderung gebaut habe. Insofern möge man sich über die Programme der EU und darüber informieren lassen, welche sie in der neuen Förderperiode fortführen wolle, um mit guten Beispielen für das Erreichen sauberer Luft wieder nach Hause zu kommen.

Der Vorsitzende unterstreicht, bis zum 9. Oktober dieses Jahres müsse feststehen, wer nicht mitfahre und auch keine Vertretung benenne, um die Planung mit dem Wirtschaftsausschuss vorantreiben zu können.

Abgeordneter Vöge bittet um ein Briefing zu Lettland im Vorfeld der Lettlandreise.

Der Vorsitzende bittet darum, die noch verbindliche Anmeldung im Zusammenhang mit Lettland abzugeben.

10. Bericht der Landesregierung über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2025

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 20/3338](#)

(überwiesen am 25. Juli 2025)

hierzu: [Umdruck 20/4952](#)

– Verfahrensfragen –

Der Ausschuss nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

Der Vorsitzende spricht sodann noch den Antrag der SPD-Fraktion mit dem Titel „Weiterbildungsstrategie umfassend anlegen“ an, der vom Plenum nicht wie ursprünglich vorgesehen an den Europaausschuss, sondern an den Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss sowie an den Bildungsausschuss überwiesen worden sei. Nun stelle sich die Frage, ob der Europaausschuss im Wege der Selbstbefassung trotzdem noch über den Antrag beraten wolle. Er stellt fest, diesen Bedarf könne er bei den Abgeordneten im Europaausschuss nicht erkennen.

In der kommenden Sitzung im November wolle sich der Europaausschuss unter anderem mit minderheitenpolitischen Themen befassen. In diesem Zusammenhang führe man ein Fachgespräch zum SSW-Antrag zum Gebrauch von Minderheiten- und Regionalsprachen auch vor den Gerichten sowie eine mündliche Anhörung zum Minderheitenbericht 2024 durch.

Abgeordnete Waldinger-Thiering bittet darum, beides an einem anderen Termin durchzuführen, weil sie an der Ausschusssitzung nicht teilnehmen und aller Voraussicht nach auch keine Vertretung organisieren könne. Genaueres wisse sich vermutlich morgen.

Der Vorsitzende äußert mit Blick auf den Zeitumfang Bedenken, sowohl das Fachgespräch als auch die mündliche Anhörung auf die Sitzung im Dezember zu verschieben. Ansonsten bleibe nur die Möglichkeit, beide Punkte auf die Sitzung im Januar zu legen. Rechtliche Gründe oder Fristen stünden dem jedenfalls nicht entgegen.

Abgeordnete Pauls möchte wissen, ob die Sitzung des Europaausschusses im November länger dauern werde, und erinnert an den verabredeten Jahresplan, aufgrund dessen sie bereits Termine am Nachmittag vereinbart habe.

Der Vorsitzende erinnert an seinen Hinweis vor den Sommerferien, dass es sich bei den nächsten Sitzungen des Europaausschusses um lange handeln werde, um die umfangreiche Liste an Beratungsgegenständen abarbeiten zu können. Er schlägt vor, die definitive Mitteilung des SSW abzuwarten und anschließend über eine Lösung nachzudenken.

(Die Sitzung wird von 13:00 Uhr bis 14:05 Uhr unterbrochen.)

11. Fachgespräch

a) Schleswig-Holsteins Punkte für die neue Amtszeit der EU-Institutionen 2024-2029

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/2964](#)

Schleswig-Holstein in einem innovativen und solidarischen Europa

Alternativantrag der Fraktionen von SPD und SSW
[Drucksache 20/2988](#)

Maßnahmenpaket zur Stärkung der Eigenständigkeit und Überlebensfähigkeit Europas in einer neuen wirtschafts- und verteidigungspolitischen Epoche

Alternativantrag der Fraktion der FDP
[Drucksache 20/2991](#)

(überwiesen am 26. Februar 2025)

hierzu: Umdrucke [20/4855](#), [20/4950](#), [20/4951](#), [20/4988](#), [20/4994](#),
[20/5093](#), [20/5330](#)

b) Die Arktis als nachhaltige Friedensregion erhalten

Antrag der Fraktion des SSW
[Drucksache 20/1169](#)

(überwiesen am 14. Juli 2023)

hierzu: [Umdruck 20/5093](#)

Teilnehmende:

- Oberst Michael Skamel, Landeskommmando Schleswig-Holstein
- Dr. Tobias Etzold, Forum Nordeuropäische Politik e.V. (FOR:N)
- Dr. Sarah Kirchberger, akademische Direktorin am Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK)
- Claus Böttcher, Referent Einsatz des THW Landesverbandes Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein

Herr Dr. Tobias Etzold, Forum Nordeuropäische Politik, trägt anhand einer Präsentation und seiner schriftlichen Stellungnahme vor.

Abgeordnete Pauls fragt nach der Situation der Menschen auf Grönland angesichts der Drohung des US-amerikanischen Präsidenten.

Abgeordnete von Kalben stellt fest, in der Europäischen Union spielten die Mittelmeerländer eine größere Rolle als die Länder an der Ostsee, was auch an ihrer mangelnden Vernetzung liege. Sie fragt nach den Kernpunkten über verstärkten Klimaschutz und den Ausbau der Streitkräfte hinaus.

Der Vorsitzende möchte wissen, ob die Anzahl der Luftraumverletzungen steige und zu immer brenzlicheren Situationen führe. Er bittet um Erläuterungen zur Arktisstrategie der EU sowie zu der Frage, ob beim Klimawandel die Chancen oder die Risiken überwiegen.

Abgeordnete Waldinger-Thiering zählt zur Friedensregion in der Arktis neben Grönland auch Island, wobei der Klimawandel einen leichteren Zugang über das Wasser eröffne, was sich strategisch auswirke. Der Klimawandel zeitige in Grönland bereits starke Auswirkungen und könne sich in der Arktis auch dergestalt positiv auswirken, dass Europa von dort vorhandenen seltenen Erden profitieren könnte. Die EU sollte ihrer Ansicht nach also auch die Chance nutzen.

Herr Dr. Etzold antwortet, die Drohungen von US-Präsident Trump und die in diesem Zusammenhang stattgefundenen Besuche machten den Menschen auf Grönland Angst. Trotzdem beweise die grönländische Gesellschaft Resilienz, was sich auch an der Parlamentswahl zeige, mit der sich die Menschen zwar grundsätzlich für eine Unabhängigkeit von Dänemark aussprächen, allerdings in enger Kooperation, um gemeinsam Lösungen für die Zukunft zu finden, ohne sich von dem Interesse der USA, beide zu spalten, ablenken zu lassen, das die vor ein paar Wochen ans Licht gekommenen Spionagevorwürfe belegten.

Bislang habe die EU etwa alle fünf Jahre eine neue Arktisstrategie ausgearbeitet, weshalb er mit der neuen im kommenden Jahr rechne. Allerdings räumt er ein, bislang noch nichts Konkretes gehört zu haben. Vornehmlich durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine gebe es eine neue Situation, auf die die EU reagieren müsse. Seit geraumer Zeit versuche die EU, sich geopolitisch stärker zu profilieren, insbesondere wenn der Zusammenhalt der NATO von den USA immer wieder infrage gestellt werde. Versuchten die USA tatsächlich, Grönland militärisch zu unterwerfen, sei die NATO faktisch erledigt; dann müsste die EU reagieren. Dabei dürfe sie die anderen großen Herausforderungen wie beispielsweise den Klimawandel nicht vernachlässigen, wenn er auch gegenwärtig im öffentlichen Diskurs in den Hintergrund rücke.

Für die grüne Energiewende brauche Europa zwar Rohstoffe wie seltene Erden, die man auf Grönland finde, weshalb er es für sinnvoll halte, sie zu erforschen und gegebenenfalls abzubauen, aber dies müsse in enger Absprache mit den Menschen vor Ort geschehen, die davon auch profitieren sollten. In ihrer letzten Arktisstrategie habe sich die EU bereits dagegen ausgesprochen, Öl und Gas in der Arktis zu fördern. Das Nicht-EU-Land Norwegen hingegen suche auf seinem nördlichen Territorium nach wie vor nach Öl und Gas. Insofern bringe der Klimawandel für die Arktis Vor- und Nachteile. Die Luftraumverletzungen hätten in den letzten Jahren in der Tat zugenommen.

Abgeordneter Vöge stellt klar, der Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO sei eine Folge des russischen Angriffskrieges gewesen. Daher dürfe man ihnen nun nicht vorhalten, sie hätten damit die Spaltung in der Region verstärkt.

Herr Dr. Etzold bestätigt, selbstverständlich liege die Ursache in Russland. Allerdings falle damit nun der über lange Zeit bestehende Puffer in der Arktis weg. Die NATO profitiere von ihrem Beitritt. Allerdings befürchteten die westlichen Länder, dass die Spaltung in der Region voranschreite, wenn es gar keine Zusammenarbeit mit Russland mehr gebe, weshalb sie Russland im Arktischen Rat halten wollten. Er äußert die Hoffnung, dass die Zukunft wieder bessere Gesprächsmöglichkeiten biete.

Herr Michael Skamel, Landeskmando Schleswig-Holstein, unterstreicht, der Verstoß Russlands gegen die regelbasierte Weltordnung führe zu Problemen bei der Zusammenarbeit im Arktischen Rat. Seine Hoffnungen auf eine Entspannung in den nächsten Jahren bezeichnet er als sehr gering.

Frau Dr. Sarah Katharina Kirchberger, Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität, führt aus, mit Blick auf ihre sehr lange Erfahrung als Sinologin verfüge sie über ein umfassendes Bild über die chinesischen Aktivitäten in der Arktis. So wolle China im hohen Norden Europas ballistische Raketen-U-Boote stationieren, und zwar schon deutlich vor dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine. Russland habe dies ursprünglich kritisch betrachtet, weiche seine Haltung aber zunehmend auf. So gebe es seit dem Frühjahr 2023 ein Abkommen zwischen der Küstenwache des russischen Geheimdienstes und der chinesischen Küstenwache, das beiden ein Recht zu gemeinsamen Patrouillen einräume. In China fänden sich bereits seit 2018 erste wissenschaftliche Studien mit Detailfragen zur Konstruktion von U-Booten für Operationen unter einer Eisdecke, die es in China selbst allerdings gar nicht gebe.

Auch finde eine Zusammenarbeit zwischen militärnahen chinesischen und russischen Forschungsinstituten zur hydroakustischen Forschung in der Arktisregion statt, wobei es sich um eines der bestgeschützten Forschungsgebiete weltweit handele, weil man über einen immensen militärischen Anwendungsbereich spreche. Allerdings setze man Unterwasserakustikforschung auch im Zusammenhang mit dem Klimawandel ein, etwa um Meereslebewesen zu erforschen. Insofern verzeichne man eine große Überschneidung zwischen beiden Bereichen. So benötige auch das Militär exakte Karten des Meeresbodens, der Temperaturschichten des Wassers und den Salzgehalt verschiedener Wasserschichten, um U-Boote orten zu können.

In chinesischen Fachtexten werde ganz offen darüber gesprochen, dass man die zivile Ozeanforschung als eine der wichtigsten Quellen komplett abschöpfen müsse. In den westlichen Ländern gebe es eine recht strikte Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung, weshalb zivile Institute unbekümmert chinesische Forschende beim Kampf gegen den Klimawandel einläden, bei denen sich aber in vielen Fällen tatsächlich ein militärischer Hintergrund offenbare. Daher möge der Landesgesetzgeber Forschungsinstitute bei der Vergabe von Landesmitteln zu einer professionellen Due-Diligence-Prüfung verpflichten. Dabei bemühe sich China stark zu täuschen und erschwere den Zugang zu seinen wissenschaftlichen Datenbanken inzwischen systematisch. Deutsche Sinologen hätten bereits Vorschläge für Richtlinien ausgearbeitet.

Als Mensch mit deutscher und finnischer Staatsbürgerschaft kenne sie die Situation in Finnland recht gut und beobachte dort weniger Angst als in Deutschland, weil man über Jahrzehnte-lange Übung mit dem russischen Nachbarn verfüge. Sie spricht sich dafür aus, von diesen Erfahrungen und dem Umgang zu profitieren wie etwa von der Security Strategy for Society, in der sich das von Finnland entwickelte Konzept der umfassenden Sicherheit finde. Dabei gehe es im Grundsatz darum, kritische Funktionen so gut zu schützen, dass man als Ziel von vornherein uninteressant sei. Man dürfe nicht unterschätzen, dass Finnland in seiner Geschichte bereits mehrfach einen hohen Preis habe zahlen müssen und damit über viel praktische Erfahrung verfüge. Die immer wieder gemeldeten Drohnenüberflüge beispielsweise dienten ihrer Ansicht nach dazu, Zieldaten zu generieren. Vor diesem Hintergrund empfehle sie auch den Austausch mit ukrainischen Experten.

Aus Sicht der Forschung bevorzuge sie den Antrag der FDP, der am ehesten die richtigen Prioritäten setze. Sodann betont sie, keiner Partei anzugehören. Auch der Antrag der Koalition sei grob geeignet. Generell vermisste sie aber einen stärkeren Fokus auf Schleswig-Holstein. Dass

sich das Land solidarisch mit Grönland erkläre, sei menschlich eine schöne Geste, entfalte aber international keine Wirkung. Stattdessen möge man sich darauf konzentrieren, wie man vor allem die Verwundbarkeit im eigenen Land in den Blick nehme.

Außerdem spreche man in Deutschland häufig über viele kleine Probleme, aber es fehle der Gesamtüberblick. So kennen die Menschen zum Beispiel gar nicht die notwendigen kritischen Systeme, damit die Gesellschaft funktioniere, und wüssten auch nicht, wie sie sich bei deren Ausfall verhalten sollten. Im Bildungssystem finde sich keine systematische sicherheitspolitische Information mehr, über die aber jeder mündige Mensch verfügen müsse. Finnland lade darüber hinaus im Rahmen nationaler einmonatiger oder regionaler einwöchiger Verteidigungskurse Führungskräfte auf allen Ebenen und in allen Systemen zu Fortbildungsveranstaltungen ein, um die Menschen aufgrund von Geheimdienstinformationen über das Lagebild der Nation zu informieren. Im Anschluss übe man gemeinsam verschiedene Szenarien. Ähnliches könnte man auch in Deutschland etablieren, zumal besorgte Bürgerinnen und Bürger ein solches Angebot vermissten. Sie betont, damit wirke man auch einer diffusen lähmenden Angst entgegen.

Abgeordnete Waldinger-Thiering möchte wissen, ob die vorgetragenen Erkenntnisse zu China bereits dem Forschungsministerium übermittelt worden seien. Sie widerspricht, viele Menschen in Grönland begrüßten die Solidaritätsbekundung aus Schleswig-Holstein und Dänemark als starkes Signal aus dem Ostseeraum. Die Deutschen verfügten nicht über das abgeklärte Gemüt der finnischen Bevölkerung, die in ihrer Geschichte bereits viel erfahren habe und wisse, wofür sie kämpfe. Sie verweist auf einen aktuellen Antrag der Koalitionsfraktionen für Zivilschutz und Katastrophenschutz in Schulen, aber in der Tat sei man noch weit davon entfernt, dass die Bevölkerung wisse, wie sie sich im Ernstfall verhalten müsse. Dänemark zum Beispiel habe angeordnet, dass es im Umkreis von 50 km Discouter gebe, die auch bei einem Stromausfall öffnen müssten.

Abgeordneter Dr. Garg zeigt sich beeindruckt vom Umgang der skandinavischen und baltischen Bevölkerung mit der aktuellen Situation nach dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Die deutsche Bevölkerung verhalte sich mit Blick auf die bereits angesprochene Angst anders. Die Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stelle aktuell die größte Herausforderung der Europapolitik dar, zu der neben der gesellschaftlichen Resilienz auch die militärische Verteidigungsfähigkeit und gegebenenfalls auch eine Nuklearstrategie zählten.

Er bittet um Einschätzung, wie die Politik die Bevölkerung recht schnell auf die massiven geopolitischen Veränderungen einstimmen könne, um gewappnet zu sein, anstatt die Menschen in falscher Sicherheit zu wiegen und dem Alltagsgeschäft nachzugehen. In diesem Zusammenhang sei es schlicht naiv, internationale Kooperationen in Wissenschaft und Forschung zu suchen, anstatt die eigenen Interessen zu schützen, und zwar die des Landes Schleswig-Holsteins wie auch Europas. Eine Resilienz würde anderen signalisieren, dass sich hybride Angriffe auf die EU gar nicht lohnten, die sie gegenwärtig massiv erfahre. Ob die Drohnenüberflüge Angst erzeugen oder tatsächlich der präzisen Vermessung von Zielen dienen sollten, wisse er nicht.

Herr Claus Böttcher, Referent Einsatz THW Landesverbandes Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, lobt die schleswig-holsteinische Landesregierung, die zusammen mit den Kreisen als einzige seit 15 Jahren integrative Katastrophenvorsorge betreibe. Als einen messbaren Erfolg verbucht er die in Schleswig-Holstein niedrigste Todesrate während der Coronapandemie.

Abgeordnete von Kalben räumt ein, nach den bisherigen Vorträgen müsse man vermutlich einen völlig neuen Antrag auf den Weg bringen. Sie bedauert, dass sich die Forschung von immer mehr Partnern zurückziehe, weil damit viel Wissen verloren gehe. Nach ihrer Kenntnis spioniere China allerdings überall, zumal auch Privatpersonen vom chinesischen Geheimdienst zum Spionieren nach Europa geschickt würden.

Den deutschen Operationsplan und seine Umsetzung in regionales Tun nach finnischem Vorbild halte sie für sehr erstrebenswert. Allerdings könne sie sich nur schwer vorstellen, einfache Bürgerinnen und Bürger in Fortbildungsveranstaltungen einzubinden, sofern es nicht nur darum gehe, das Bewusstsein zu steigern. Die Menschen zeigten sich sehr unterschiedlich interessiert daran und sollten sich ihrer Ansicht nach in den vorhandenen Institutionen wie dem THW, dem DRK und ähnlichen engagieren.

Abgeordnete Pauls kritisiert, in anderen Ländern würden Schülerinnen und Schüler im Umgang mit Katastrophen trainiert, wohingegen man in Deutschland befürchte, sie dadurch zu traumatisieren. Diesbezüglich bittet sie um Einschätzung.

Frau Dr. Kirchberger antwortet, die von ihr benannten Kurse richteten sich nicht an einfache Bürgerinnen und Bürger, sondern vornehmlich an Führungskräfte, um die Teile der gesellschaftlichen Elite umfassend einzubinden, die nicht sowieso schon mit dem Militär- oder Sicherheitsapparat Kontakt hätten. Als mündige Bürgerinnen und Bürger müssten die Menschen daran nicht teilnehmen, sondern empfänden es vielmehr als große Ehre, eine Einladung zu dieser sehr aufwendigen und teuren Fortbildung zu bekommen. Daher werde sie auch von kaum jemandem abgelehnt, obwohl man sich dafür so viel Zeit nehmen müsse. Konstruktive Menschen würden ein solches Angebot von vornherein annehmen, und die anderen sollten sich eben enthalten. In Deutschland gebe es die Einstellung, die Verantwortung dem Staat aufzubürden, was in Finnland nicht gelte. Obwohl es sich um einen Wohlfahrtsstaat handele, liege die Verantwortung dort doch grundsätzlich bei jedem selbst.

Sie appelliert an die Politik, ehrlicher mit den Menschen umzugehen, um wieder Vertrauen aufzubauen, die sich häufig politikverdrossen zeigten, weil sie nur noch Phrasen hörten, aber Worte und Taten nicht zusammenpassten. Sie möge den Menschen mehr zutrauen, ohne zu dramatisieren und nur in Wahlkämpfen zu denken, denn sie müsse von ihnen wieder klar eingeschätzt werden können. Die Finnen hingegen zeigten sich recht nüchtern und würden von der Regierung bei der Vorbereitung auf einen Krisenfall nicht in Watte gepackt.

Auch außerhalb von Schleswig-Holstein erkenne sie sehr viel Potenzial, das man nicht kleinreden dürfe. Insgesamt gelte der alte Satz, dass Wege finde, wer etwas erreichen wolle, aber nach Gründen suche, wer etwas verhindern wolle. Auch dies finde man in den von ihr erwähnten Kursen in Finnland heraus. Außerdem würden die Menschen auf lokaler Ebene miteinander vernetzt. Sodann stellt sie klar, bei der Wissenschaftskooperation gehe es nicht darum, bestimmte Länder komplett auszuschließen, denn nicht alle Forschungsthemen entfalteten dieselbe militärische Relevanz. Tatsächlich möge man sich schlicht nicht hinters Licht führen lassen. In diesem Zusammenhang empfiehlt sie den Kontakt zu Almuth Wietholtz als Leiterin des Chinareferats im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Herr Skamel spricht sich dafür aus, Botschaften aus Schleswig-Holstein möglichst konkret zu formulieren und über den Bund und die EU-Abgeordneten aus Schleswig-Holstein in die EU zu tragen. Dabei müsse man auch berücksichtigen, dass die amtierende dänische Ratspräidentschaft den Blickwinkel auf den Norden Europas richte, der sich anschließend bis 2029 in dieser Weise nicht mehr ergeben werde. Er spreche sich stets für den Ansatz der Gesamtverteidigung aus, den man in die Bevölkerung tragen müsse. Die Taskforce zur zivilen Verteidigung

müsste nun ans Arbeiten kommen, aber man sei auch schon deutlich weiter als andere, da man bereits die Themen benannt habe. Er appelliert an die Abgeordneten, dies mit sehr viel Wohlwollen zu begleiten, zumal man über Ressortgrenzen und Verwaltungsebenen hinweg arbeiten müsse.

Die unrealistischen Pläne des US-Präsidenten zu Grönland veränderten das schon bislang nicht vorhandene Gleichgewicht in der Arktis noch weiter. Die Arktisstrategie des Auswärtigen Amtes gehe weg von Klima und Ressourcen hin zur Sicherheitspolitik, was selbst ihm als Soldaten schwerfalle, weil man beides zusammen denken, nun allerdings die Perspektive verändern müsse. Er bestätigt die Einschätzung von Frau Dr. Kirchberger in Bezug auf China, auch mit Blick auf aktuelle Erkenntnisse des MAD. Zum ersten Mal habe die Marine in der Arktis Präsenz gezeigt, um ihren Beistand der Partner auszudrücken. Letztlich gehe es um die Betonung der internationalen regelbasierten Ordnung und Stabilität, die auch die vorliegenden Anträge deutlich benennen.

Abgeordneter Dr. Garg fragt mit Blick auf eine europäische Verteidigungsunion und das seiner Ansicht nach weniger erratische, als vielmehr sehr zielgerichtete Vorgehen der Trump-Administration, ob man auf den Status der USA als nukleare Schutzmacht Europas auch in Zukunft vertrauen dürfe oder mit Blick auf Frankreich und das Vereinigte Königreich realistischerweise ein eigenes Ziel verfolgen sollte, zumal sich die geopolitische Ausrichtung der Vereinigten Staaten bereits seit Präsident Obama fundamental verändere.

Abgeordneter Vöge unterstreicht die Notwendigkeit, die Wachsamkeit zu verstärken, und erinnert an das Motto der NATO, dass Wachsamkeit der Preis der Freiheit sei.

Auf eine Frage der Abgeordneten Pauls verweist Herr Skamel auf die klare Zuständigkeit der unteren Katastrophenschutzbehörden bei der Schulung der Zivilbevölkerung für den Katastrophenfall. Letztlich gehe es aber um alle, die Verantwortung trügen, also beispielsweise ihn beziehungsweise die Bundeswehr, die Abgeordneten und die Taskforce. Schon bei ihrer ersten Sitzung sei die Frage aufgeworfen worden, wie man die Schulen erreiche. Zur europäischen Nuklearstrategie vertrete Frankreich die klare Auffassung, Europa komme ohne die USA aus. In jedem Fall brauche eine starke NATO ein starkes Europa, aber in der EU herrsche keine Einigkeit, weshalb man bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik möglicherweise anders vorgehen müsse. Er bezeichnet gemeinsame Verteidigungsziele als unverzichtbar, die allerdings nicht konsequent verfolgt würden.

Herr Böttcher erinnert daran, der europäische Katastrophenschutz setze auf der Solidaritätsklausel im Lissabonvertrag auf, was für Schleswig-Holstein eine wichtige Rolle spiele, denn bei größeren Ereignissen in der Arktis durch militärische Ereignisse oder beispielsweise ein Kreuzfahrtschiffunglück sei man auf Rettungskräfte angewiesen, die regelmäßig nicht aus Deutschland stammten, weil hier etwa im Gegensatz zu dänischen Rettungskräften schlicht die Ausrüstung fehle. Im Ersatz dafür sollten beispielsweise schleswig-holsteinische Rettungskräfte in der Lage sein, dann Menschen in Dänemark zu retten.

Er spricht sich für den Aufbau europäischer Katastrophenschutzkapazitäten im europäischen Katastrophenschutzverfahren aus, um im Bedarfsfall Entlastung zu leisten. Müssten beispielsweise aufgrund eines Vegetationsbrandes dänische Kräfte auf Grönland verbleiben, fehlten sie sehr schnell im recht kleinen dänischen System. Zum Vergleich gibt er zu bedenken, auf Island wohnten in etwa so viele Menschen wie in Bochum, aber die Feuerwehr in der Ruhrgebietstadt verfüge über 480 Einsatzbeamte, Island hingegen nur 370 Berufsfeuerwehrleute. Insofern könne man entsandte Einsatzkräfte aus Europa leicht ersetzen, ohne dass es vor Ort zu einem gefährlichen Mangel komme.

Die Nicht-EU-Staaten Norwegen und Island nähmen am EU-Civil-Protection-Mechanismus teil. Auf dieser Grundlage bilde beispielsweise das THW dort aus. Auch zu Kanada bestehe seit mehreren Jahren ein regelmäßiger Austausch, wo es bislang noch gar keinen Zivilschutz gebe, weshalb das THW nach dem Irak, Jordanien, Tunesien und Rumänien nun auch dort ehrenamtliche Systeme ähnlich wie in Deutschland aufbaue. Der Bund stelle für den Zivilschutz ausreichend Mittel zur Verfügung, weshalb das THW in diesem Jahr einige Ortsverbandsunterkünfte errichte. Anschließend gehe es darum, das im Zehn-Punkte-Plan genannte Lagezentrum aufzubauen, für das man erst einmal die Planungsgrundlage und die Unterstützung der Politik brauche, das man aber mit Blick auf die befristete Verpflichtungsermächtigung an sich 2026 fertigstellen müsste. Er lobt die deutsch-dänische Zusammenarbeit und bestätigt Verbesserungsbedarf bei der integrierten Planung.

Abgeordnete von Kalben vermutet, das Hauptproblem dürfte darin bestehen, überhaupt Personen zu finden, weshalb sie interessiere, ob sich das THW mit Blick auf Alternativen in Zivilschutzorganisationen für eine schnellere Wehrpflicht ausspreche. Sie möchte auch wissen, was man am europäischen Krisenmechanismus verbessern könne.

Abgeordnete Waldinger-Thiering bittet um Mitteilung, warum Kanada über keinen Zivilschutz verfüge.

Abgeordnete Pauls teilt mit, in anderen Bundesländer gebe es Listen mit Personen der Zivilbevölkerung, die nicht sowieso schon in Zivilschutzorganisationen organisiert seien und aufgrund ihrer Fähigkeiten im Notfall ergänzend herangezogen werden könnten wie beispielsweise in ihrem eigenen Fall sie als Krankenschwester.

Herr Böttcher kann die Frage, warum Kanada bislang über keinen Zivilschutz verfügt, nicht beantworten. Allerdings liege die eigentliche Aufgabe des Zivilschutzes darin, die Menschen vor den Folgen militärischer Gefahren zu schützen. Möglicherweise habe Kanada dafür bislang schlicht keine Notwendigkeit gesehen. Dort gebe es auf verschiedenen Ebenen Feuerwehrorganisationen, und das kanadische Militär übernehme mit bestimmten Einheiten Katastrophenschutzaufgaben. Mit Blick auf die vergleichsweise geringe Bevölkerungszahl in Kanada müsse das Land allerdings entscheiden, wofür es sein Militär einsetzen wolle. In diesem Zusammenhang baue man das Ehrenamt im Katastrophenschutz auf, um die Fähigkeit zur Selbsthilfe zu stärken und aus einem Depot qualifiziert Material zu liefern. Er warnt, in Deutschland gebe es im Bevölkerungsschutz gar kein Material mehr, mit dem man beispielsweise Krankenhäuser versorgen könnte, und empfiehlt den politischen Blick auf eine nationale Gesundheitsreserve.

Nach dem europäischen Katastrophenschutzmechanismus müssten willige Einsatzkräfte für Einsätze im Ausland zuvor fortgebildet werden. Die EU übernehme das erforderliche zusätzliche Material wie Zelte und Küchen, die man in Schleswig-Holstein nicht brauche. Niedersachsen habe damit die Module „Ground Forest Firefighting using Vehicles“ und „Flood rescue using boats“ eingerichtet. Das THW verfüge bislang über alle von Deutschland gemeldeten zertifizierten Module.

Grundsätzlich begrüße er die Wiedereinführung der Wehrpflicht, aber das THW brauche mehr Zeit, um wieder mit so vielen Menschen umgehen zu können. Es gebe bereits die App „Helfer vor Ort“ für spontan Helfende, die allerdings von den unteren Katastrophenschutzbehörden realisiert werden müsse. In Österreich sei dies in Form des „Team Österreich“ bereits geschehen: Teile beispielsweise ein Kindergarten am Morgen mit, ihm fehlten drei Erzieherinnen, könnten entsprechend qualifizierte und überprüfte Personen einspringen. Mit Blick auf die in

Deutschland überbordende Bürokratie berichtet er über das dem Flutereignis im Ahrtal vergleichbare Ereignis in Slowenien, wo die Menschen ihren maschinenlesbaren Personalausweis einfach vor ihrem ehrenamtlichen Einsatz eingescannt hätten und ab diesem Zeitpunkt gesetzlich versichert gewesen seien, bis sie sich ganz unproblematisch wieder ausgescannt hätten. So etwas erhöhe die Bereitschaft mitzumachen.

Herr Skamel sagt zu, die Idee der App für Spontanhelfende in der Taskforce zu besprechen. Bei Menschen, die sich freiwillig meldeten, ergäben sich auch keine Probleme mit dem Datenschutz.

Abgeordneter Dr. Garg erinnert an das bereits Ende 2020 verabschiedete Landeskrankenshausgesetz und das bundesweit einzigartige rollierende System, sodass ein Krankenhaus und das Land im Katastrophenfall auf Material zugreifen könne. Außerdem werde auf diese Weise verhindert, dass Material wegen seines Verfallsdatums vernichtet werden müsse. Diesen Ansatz halte er für auf andere Bundesländer gut übertragbar.

Herr Böttcher mahnt, wegen der Lieferkettenproblematik brauche man ein solches Zentrale Lager nicht mehr nur für Medizingeräte, denn es fehlten auch Feuerwehrschnäcke und Ersatzteile, deretwegen beispielsweise schnell die Hälfte aller Pumpen ausfalle. So etwas habe man früher im Depot vorgehalten und nehme es als Ersatzteil auf Auslandseinsätzen mit, aber es fehle ein zentraler Lagerort in Deutschland, weil die Depotfunktion im Bevölkerungsschutz weggefallen sei.

12. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 20/4993](#): Schriftliche Beantwortung des Berichtsantrags der SPD-Fraktion
[Umdruck 20/4874](#) zu den Vorbereitungen des Landes Schleswig-Holstein auf die dänische EU-Ratspräsidentschaft ab dem 1. Juli 2025

[Umdrucke 20/5028, 20/5328](#): Bericht aus Brüssel – Juli und September 2025

[Unterrichtung 20/266](#): Programm des dänischen EU-Ratsvorsitzes (1. Juli bis 31. Dezember 2025)

[Unterrichtung 20/282](#): Entschließung des Bundesrates – Nationale Minderheiten im Grundgesetz

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

13. Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich bei einer Gegenstimme der Abgeordneten Wentzel, den Reservetermin am 7. Januar 2026 für eine Sitzung des Europaausschusses in Anspruch zu nehmen.

Er nimmt zudem einen zusätzlichen Sitzungstermin im März 2026 in Aussicht.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Krüger, schließt die Sitzung um 16:15 Uhr.

gez. Malte Krüger
Vorsitzender

gez. Nadine Otte
Geschäfts- und Protokollführerin